



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Martin Huber, Alex Dorow, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Franz Rieger und **Fraktion (CSU)**

Europäische Friedensordnung bewahren – Krieg auf europäischem Boden verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt aufs Schärfste die Anerkennung der selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk in der Ostukraine als unabhängige Staaten durch Russland sowie die zwischenzeitlich per Dekret angeordnete Entsendung von russischen Truppen in diese Gebiete. Dieses Vorgehen stellt nicht nur einen eklatanten Verstoß gegen geltendes Völkerrecht dar. Es verletzt auch die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine sowie die zwischen beiden Seiten getroffenen Vereinbarungen im Rahmen des Minsker Abkommens.

Der Landtag bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass elementare Grundregeln der globalen und europäischen Friedensordnung sakrosankt sind und Angriffe auf die westliche Werteordnung solidarisch und in engem Schulterschluss aller liberalen Demokratien verteidigt werden müssen. Krieg ist keine Zukunftsperspektive. Auch deshalb sind wehrhafte Demokratien auf Basis westlicher Werte und Freiheiten das Grundgerüst zur Renaissance paneuropäischer Friedensordnungen und Sicherheitsarchitekturen. Sie sichern Frieden auf dem Kontinent als Ziel all unserer Bemühungen. In dieser Tradition und aus der besonderen Verantwortung unserer Geschichte heraus, ist Deutschland besonders verpflichtet, die Grundprinzipien der europäischen Friedensordnung zu verteidigen. Es muss seine historisch bedingte Rolle an der Seitenlinie der Welt abstreifen und diejenige supranationale Verantwortung übernehmen, welche der Bundesrepublik qua Wirtschaftskraft und Bevölkerungsstärke im Konzert der Staaten dieser Erde zuwächst. Diese Rolle ist im engsten Schulterschluss mit allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) zu sehen.

Der Landtag begrüßt vor diesem Hintergrund das entschlossene Auftreten der westlichen Bündnispartner durch die sofortige Verhängung von weitreichenden Sanktionen als Antwort auf die russische Aggression. Der Landtag sieht in dieser eindeutigen Reaktion der Bündnispartner zugleich auch ein wichtiges Signal, um einer Präzedenzfallwirkung mit Blick auf andere globale Krisenherde vorzubeugen.

Dabei ist klar, dass sich diese Politik weder gegen die Russische Föderation in ihrer Tradition noch gegen das russische Volk richtet. Ziel ist es vielmehr, einen Völkerrechtsbruch klar als solchen zu benennen und daran mitzuwirken, dass dieser Konflikt eine – wo irgend möglich – diplomatische Lösung findet, um Frieden für ganz Europa, Freiheit, Demokratie und Wohlstand zu garantieren.

Der Landtag steht solidarisch an der Seite der Ukraine und seinem Volk und bekräftigt, dass die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit der Ukraine unverhandelbar sind. Gleichzeitig fordert der Landtag Russland auf, seine Aggressionen, Feindseligkeiten und Propaganda gegenüber der Ukraine, der EU und der NATO zu beenden und auf den Weg der Diplomatie zurückzukehren, um zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts beizutragen.